

Grosse und kleine Parteien haben ein Interesse daran, dass möglichst alle Stimmberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Denn gerade bei einer relativ geringen Zahl von Wahlberechtigten kommt es auf jeden Wähler an, der im Wahlkreis Oberland 15 und im Wahlkreis Unterland 10 Stimmen an eine Partei oder an die an der Wahl teilnehmenden Parteien vergeben kann. Daher wird um jede Stimme geworben, von den Grossparteien im Wettstreit um die Mehrheit im Landtag, von einer kleinen Partei im Bestreben, die notwendigen acht Prozent der Wählerstimmen zu erhalten.

Die Freie Liste (FL) wurde Ende 1985 gegründet. Verschiedene kleine politische Gruppierungen taten sich zusammen, um bei den Landtagswahlen 1986 gemeinsam zu kandidieren. Nach der Ansicht der Gründerinnen und Gründer warteten viele Wählerinnen und Wähler auf eine Alternative zu den beiden Grossparteien. Und tatsächlich erreichte die Freie Liste bei den Wahlen 1986 sieben Prozent der Stimmen, was allerdings für einen Einzug in den Landtag nicht reichte. Auch bei den Wahlen 1989 blieb sie mit 7,5 Prozent auf der Strecke. Somit muss sich die FL weiterhin mit der Rolle einer ausserparlamentarischen Opposition begnügen.

In ihrem Parteiprogramm stellt sich die Freie Liste auf die Seite der Benachteiligten. Sie will einen wirklichen Umweltschutz, mehr Mitbestimmung in allen



Die Oppositionsparteien traten 1989 zur Landtagswahl nicht geschlossen an, da die politischen Zielsetzungen der Freien Liste (FL) und der Überparteilichen Liste Liechtensteins zu unterschiedlich waren. Nach drei Jahren Oppositionsarbeit verpasste die FL nur knapp den Einzug in den Landtag.

Lebensbereichen, eine konsequente Gleichberechtigung der Geschlechter; sie setzt sich für die Ausländerinnen und Ausländer ein, und sie fordert einen gerechten Handel mit den wirtschaftlich schwächeren Ländern.

Bei den vorgezogenen Landtagswahlen von 1989 kandidierte erstmals die «Überparteiliche Liste Liechtenstein» (ÜLL). Die Kandidaten dieser Interessensgruppe verstanden sich als «unbequeme aber konstruktive Opposition», die sich das Ziel setzte, durch den Einzug in den Landtag die absolute Mehrheit einer Partei zu verhindern. Da aber nur 3,1 Prozent der Wähler der ÜLL ihre Stimme gaben, kann die Überparteiliche Liste weiterhin nur als ausserparlamentarische Opposition arbeiten.